

Köln, 8. Mai 2012

Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V.

Stadt Frankfurt am Main
Büro der Oberbürgermeisterin
Römerberg 23
60311 Frankfurt am Main

Aquinostr. 7-11
50670 Köln
Telefon 0221 / 972 69-20 oder -30
Telefax 0221 / 972 69-31
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr

Offener Brief

Betr.: Verbot der europäischen Aktionstage von Blockupy Frankfurt vom 16. bis 19. Mai

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Roth,

das Komitee für Grundrechte und Demokratie, das wir vor über 30 Jahren in Frankfurt am Main gegründet haben, hat von Anfang an u.a. zwei Ziele mit den Mitteln von Expertisen, Stellungnahmen/Aufrufen und eigenen immer strikt gewaltfreien Aktionen verfolgt. Zum einen sollte „mehr Demokratie gewagt“ werden. Zum anderen sollte dazu vor allem das demokratische Recht, dass Bürgerinnen und Bürger sich öffentlich versammeln, gestärkt werden. Dieses Recht hat unter anderem das Bundesverfassungsgericht in seiner sog. Brokdorf-Entscheidung 1985 bestätigt und verstärkt. Wir haben uns insbesondere deswegen auch mit dem Mittel systematischer Beobachtungen von Demonstrationsverläufen so nachdrücklich für das freie Demonstrationsrecht eingesetzt, weil wir begründeter Weise Anlass hatten und heute verstärkt haben, die Freiheit von BürgerInnen, öffentlich ihre Meinung zu bekunden, sei nicht nur ein essentieller Bestandteil der sonst repräsentativ zu magersüchtigen Demokratie. Vielmehr haben wir aus den Erfahrungen der 60er und 70er Jahre gelernt, dass die Freiheit zu demonstrieren erheblich dazu beiträgt, stauenden Interessen- und Konfliktdruck in Gewalt vermeidender, in jedem Fall minimierender Weise zu mindern.

Aus diesen haufenweise belegbaren Gründen legen wir bei Ihnen in aller Form Protest gegen die in Form und Inhalt haltlosen Verbote ihres Ordnungsdezernenten, Herrn Markus Frank, ein, die er gegen die Blockupy-Aktionstage ausgesprochen hat. Mehr noch: wir appellieren an Sie als erfahrene Bürgermeisterin der Stadt Frankfurt, dieses Verbot umgehend aufzuheben. Ihr Ordnungsreferent macht sich schuldig, das wissen Sie, fahrlässig begründet und unter Missachtung junger Bürgerinnen und Bürger nicht nur aus Frankfurt, bewusst unbewusst Unordnung zu erzeugen. Der Frieden in der Stadt und darüber hinaus wird mutwillig mit voroder nachdemokratischer Gewalt gefährdet. Wir haben Ihnen nicht zu drohen. Wir machen Sie und ihre Mitarbeitenden jedoch auf die kürzer- und längerfristigen Folgen aufmerksam. Die Gewalt ginge in diesem Fall, womit immer sie vertuscht werden sollte, auf die Stadt Frankfurt, auf das Bürgermeisteramt und letztlich auf Sie als politische Person zurück.

Wir hoffen auf Einsicht. Wir hoffen auf sofortige Rücknahme des Verbots und bleiben in diesem Fall

Hochachtungsvoll

Wolf-Dieter Narr

PS: Viel lieber als gerichtlich zu klagen, wäre es uns, wir könnten erkennen, dass in der Stadt Frankfurt unter Ihrer Bürgermeisterinnenschaft Minimalbedingungen von Grundrechten und Demokratie begriffen worden sind.